

## Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: BV/2013/034

Fachbereich/Amt: II - Bürgerservice  
Bearbeiter-in/Tel.: Herr Fischer / 604-300

Datum: 07.02.2013

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales	25.02.2013	öffentlich
Verwaltungsausschuss	12.03.2013	nicht öffentlich

### **Erfahrungsbericht über das Projekt "Daheim statt Heim"**

Auf Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2012 wurde in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 27.11.2012 (Protokoll-Nr. 61, TOP 8.4. d. N.) die Verwaltung beauftragt, zum Thema „Daheim statt Heim“ Vorschläge zu erarbeiten, um dieses Projekt in der Gemeinde Bad Zwischenahn zu verwirklichen.

In der Begründung des Antrages bezieht man sich auf das Projekt in Westerstede. Dort hat sich vor einiger Zeit der Verein „Daheim statt Heim in Westerstede e.V.“ gegründet.

Hintergrund der Initiative ist die Einrichtung einer Zeitbank, die es ermöglicht, gegenseitige Leistungen auf der Grundlage einer unentgeltlichen Tauschwirtschaft zu erbringen. Letztlich steht dahinter eine Form von organisierter Nachbarschaftshilfe, die es u.a. ermöglichen soll, älteren Menschen trotz Hilfebedürftigkeit ein Verbleiben in ihrer gewohnten Umgebung zu ermöglichen. Als Beispiel sei hier genannt, dass eine junge Familie Dienstleistungen für eine ältere Frau erbringt (z.B. Gartenarbeiten, Hilfeleistungen im Haushalt u.ä.). Dafür hilft ihr diese bei den Hausaufgaben der Kinder. Dies wird allgemein als Tauschring bezeichnet.

Die Leistung muss allerdings nicht sozusagen „Zug um Zug“ erbracht werden, sondern es kann auch ein Zeitkonto angespart werden.

Neben ausgesprochen positiven Effekten fallen bei der Recherche dieser Thematik allerdings einige Punkte auf, die zurzeit noch nicht gelöst sind. Insofern fehlt es in Deutschland an Erkenntnissen über positive „Echteinsätze“ dieses Projektes. Auch in Westerstede ist die Zeitbank in dieser Form noch nicht zum Einsatz gekommen.

Grundsätzlich unterliegen die angebotenen Dienstleistungen der Einkommen- und Umsatzsteuerpflicht. Um dieser Verpflichtung zu entgehen, müsste das Gesamt-Zeitguthaben begrenzt werden. Hierüber gibt es allerdings keine klaren und rechtssicheren Vorgaben.

Weiterhin stellt sich die Frage der Haftung für die durchgeführten Dienstleistungen. Regelmäßig erfolgt dies durch entsprechende Aufnahme in die eigene Privat-Haftpflichtversicherung oder der Abschluss einer Gruppenversicherung für die entsprechenden Vereinsmitglieder.

Ferner stellt sich die Frage der Garantie für das Einlösen eines vorhandenen Zeitkontos. Überwiegend wird dazu festgestellt, dass die Zeitbanken kein zusätzliches Instrument der Alterssicherung seien. Hier spielen auch die demographischen Faktoren eine wesentliche Rolle. Eine Garantie für das Einlösen des Zeitkontos gibt es also nicht.

Insofern stellt sich die Einbindung einer Kommune in eine Zeitbank als sehr schwierig dar. Nach Mitteilung der Stadtverwaltung Westerstede wird sich der dortige Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Soziales mit der Thematik in seiner Sitzung am 27.02.2013 befassen.

Gegebenfalls sollte danach ein Vertreter des Vereins „Daheim statt Heim in Westerstede e.V.“ gebeten werden, in unserem Fachausschuss über die Arbeit des Vereins zu berichten.